



Rubrik: Wirtschaft

Ausgabe 2 - 2019

Unrühmliches Ende des Atomkraftwerkes Baltijskaja

Es kommt vor, dass etwas mit Pauken und Trompeten Angekündigtes später sang- und klanglos im Sande verläuft. Das Projekt Atomkraftwerk in der Exklave Kaliningrad statuiert dafür ein Exempel.

Seitdem Präsident Putin anordnete, den Bau des Atomkraftwerkes Baltijskaja, des größten Projektes dieser Art in der Geschichte des Gebietes, bis auf Weiteres zu unterbrechen, sind fünf Jahre vergangen. Er war es auch, der das Bauvorhaben AKW im Jahre 2009 initiiert hatte. Planungen zufolge sollten die beiden Energieblöcke des Kraftwerkes bereits 2018 ans Netz gehen. Im Rahmen des Projektes sind 50 Milliarden Rubel verbaut worden – fast dreimal so viel, wie der Staat in das Fußball-WM-Stadion in Kaliningrad investiert hat. Das Webportal „newkaliningrad.ru“ fasst die Geschichte dieses wohl für immer unvollendeten Vorhabens zusammen.

Bis zum Baubeginn des Dampf- und Gaskraftwerkes TEZ-2 Anfang der 2000er Jahre bezog das Gebiet seinen elektrischen Strom fast ausschließlich über Leitungen durch die Anrainerstaaten. Der Anteil des selbst produzierten Stromes deckte damals nur drei bis fünf Prozent des Eigenbedarfs. Aus politischen Gründen sollten eventuelle Schwankungen in der Stromversorgung durch den Bau eines leistungsstarken Gaskraftwerkes minimiert werden. Die Abhängigkeit von nur einer Energiequelle galt es jedoch zu vermeiden, zumal diese wegen eventueller technischer Ausfälle bzw. regelmäßiger Wartungsarbeiten störungsanfällig war. Auf der Suche nach Alternativen in der Energieversorgung, auf die in Notsituationen zurückgegriffen werden konnte, wurde der Beschluss gefasst, ein Atomkraftwerk in der vom russischen Kernland getrennten Exklave Kaliningrad zu bauen.

Die Baukosten dieses Kraftwerkes wurden mit 255 Milliarden Rubel veranschlagt. Vorläufigen Schätzungen zufolge sollte das AKW 6 Milliarden Rubel Vermögenssteuer und ca. 0,5 Milliarden Rubel Gewinn- und private Einkommensteuer an den Gebietshaushalt abführen. Das entsprach 2008 einem Drittel aller Einnahmen im Gebiet, weshalb die Behörden für die Umsetzung des Mammutvorhabens votierten.

Die Wahl für den Standort des zukünftigen Atomkraftwerkes fiel auf die Gegend um die Provinzstadt Neman (ehem. Ragnit) im wirtschaftlich schwachen Nordosten des Kaliningrader Gebietes. Neman war damals vor allem durch seine insolvent gegangene Zellstoff- und Papierfabrik sowie die Ruinen des touristisch interessanten Schlosses Ragnit bekannt. Die 11.000 Einwohner der Stadt standen dem geplanten Bau des AKW äußerst positiv gegenüber. Man sah endlich wieder eine Perspektive. Es wurden hochqualifizierte Arbeitskräfte benötigt, die zum Teil sogar aus anderen Regionen des Landes angeworben wurden. Infolge dessen kam es fast zu einer Verdoppelung der Wohnungsmieten in Neman. Die Bevölkerung blickte mit Zuversicht in die Zukunft. Man verdiente gut auf der Baustelle und nahm Konsumkredite auf.

Das AKW-Projekt sah den Bau eines neuen Stadtbezirks in Neman für ca. 10.000 Einwohner vor. Die Gebietsregierung hoffte, dafür fast 14 Milliarden Rubel von Moskau zu erhalten. Damit hätte man die gesamte technische Infrastruktur der Stadt erneuern und das Gesundheitswesen sowie die Kulturbranche finanziell unterstützen können. Doch die Stilllegung der Kraftwerksbaustelle im Jahre 2013 machte diese Pläne und Hoffnungen zunichte. Es kam zu Zahlungsverzügen. Arbeitslöhne wurden zunächst verspätet, später überhaupt nicht mehr ausgezahlt. Stadteinwohner berichten von Vorfällen, bei denen Arbeitnehmer, denen ihr Lohn vorenthalten worden war, Arbeitswerkzeuge und Maschinen auf der AKW-Baustelle zerstörten.

Wie steht es heute um dieses ambitionierte Bauvorhaben? Der damalige Gouverneur Georgi Boos hatte die Idee des Baus eines Atomkraftwerkes im Kaliningrader Gebiet seinerzeit in Moskau durchgesetzt, weil er glaubte, die Region würde einen derart starken wirtschaftlichen Aufschwung erleben, dass die Exklave den somit produzierten Strom in erster Linie für die eigene Industrie benötigen würde. Boos ging von einem Energiebedarf des Gebietes für das Jahr 2018 in Höhe von 2,2 Gigawatt aus, während alle damals im Gebiet vorhandenen Kraftwerke zusammen lediglich 1 Gigawatt zu produzieren vermochten. In Wirklichkeit lag der Energiebedarf 2018 jedoch bei unter 0,8 Gigawatt. Wäre das AKW gebaut worden, stünde man jetzt vor dem Problem einer Überproduktion von Strom. Ein weiterer Umstand war, dass die Verhandlungen über mögliche Stromlieferungen an europäische Geschäftspartner gleich nach deren Aufnahme ins Stocken gerieten. Letzteres fiel besonders schwer ins Gewicht und brachte das Bauvorhaben des Kraftwerkes endgültig zum Scheitern.

Einen großen Anteil am Abbruch des Projektes hatten auch lokale Umweltaktivisten. Sobald feststand, dass das AKW-Projekt kein Bluff war, sondern Realität werden sollte, starteten sie eine großangelegte Gegenoffensive. Es wurden Gesprächspartner und potenzielle Investoren des Projektträgers ROSATOM in Europa kontaktiert und die eigene alternative Sichtweise dargestellt. Nachdem der Atomkonzern keine Einigung mit Polen und Litauen bezüglich des Baus von neuen Überlandleitungen auf deren

Territorien erzielen konnte, setzte er seine Bemühungen in den besonders einflussreichen EU-Ländern fort – wohl in der Hoffnung, dadurch die Nachbarländer des Kaliningrader Gebietes doch noch zum Einlenken bewegen zu können. Dies erwies sich jedoch als Trugschluss.

Alles in allem sind über 50 Milliarden Rubel beim Bau des AKW verbaut worden, ohne dass ein greifbares Resultat entstanden wäre. Auch Zusagen von potenziellen Investoren oder Energieabnehmern gab es nicht. Die Nachbarländer, in die man große Hoffnungen gesetzt hatte, lehnten eine angebotene Partnerschaft ab. Der Konzern ROSATOM musste die Baustelle auf Eis legen, wörtlich hieß es: „bis die Verhandlungen beendet werden und die EU-Länder sich entschließen, im AKW Baltijskaja erzeugten Strom für den Ausbau der europäischen Stromnetzinfrasturktur zu nutzen“. Das Projekt des Atomkraftwerkes ist somit nicht unwiderrufflich abgeschlossen, sondern die Bautätigkeiten sind bis auf Weiteres gestoppt. Die Situation hat sich seither jedoch durch die angespannte politische Lage und die verhängten Sanktionen nicht verbessert.

Für die Gewährleistung der Energieversorgung des Gebietes wurden mittlerweile vier weitere konventionelle Kraftwerke gebaut und in Betrieb genommen, so dass das geplante AKW seine ursprünglich geplante Bedeutung damit vollends verloren hat.

© Königsberger Express